

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Herbst 1954

Am 17. Oktober hat die Wählerschaft der SBZ demonstrieren müssen, was Pankow und der Kreml unter einer „freien demokratischen Wahl“ verstehen. Bei der Volksabstimmung vom 27. bis 29. Juni 1954 wurde noch das Risiko einer freien Entscheidungsmöglichkeit des Wählers eingegangen, indem man zwei Vorschläge zur Wahl stellte. Diese Entscheidungsfreiheit war in Wirklichkeit wegen des Gesinnungsterrors (der seit Jahren bestehenden schweren Strafandrohung gegen das Bekenntnis zur EVG) und wegen der vielerorts festgestellten Behinderung, die Wahlzellen zu benutzen, nicht viel wert. Daß Pankow trotzdem das Ergebnis dieser Abstimmung zu seinen Gunsten fälschte, ist bekannt genug, als daß hier noch mehr Worte zu sagen wären.

Wie groß muß diesmal die Furcht vor der wahren Volksmeinung gewesen sein, wenn am 17. Oktober nicht einmal das Risiko der letzten Abstimmung eingegangen wurde! Mit einer Propagandaflut ohnegleichen waren den Wählern die „überragenden wirtschaftlichen Aufbauergebnisse“ ihrer sog. Regierung nahegebracht worden. „Unsere Regierung hält, was sie verspricht“, verkündete die SED-Parteipresse und nannte eine Fülle von Prozentzahlen als Beweis für den versprochenen „Wohlstand wie nie zuvor“, den *Ulbricht* bei Beginn des Fünfjahresplanes großsprecherisch mit den Worten verheißen hatte: „Die Zeit der Erfolge hat begonnen.“

Versorgungsschwierigkeiten überall

Wie dieser Wohlstand und diese Erfolge von der Bevölkerung bei einer freien Wahl bewertet worden wären, hat Pankow nur zu gut gewußt. Alle Erfolgsmeldungen und Fortschrittsbeschwörungen können das zermürbende Ringen gegen die politischen und wirtschaftlichen Widrigkeiten des sowjetzonalen Alltags nicht erleichtern. Trotz aller Zensur sprechen die Leserbriefe in den Zeitungen eine deutliche Sprache und weisen auf Zustände hin, die uns wie böse Träume anmuten und so gar nicht zu dem angeblichen „Wohlstand wie nie zuvor“ passen.

Da kauft einer in Hainichen (Sa.) einen Radioapparat, der schon am nächsten Tage von ihm zurückgebracht wird, weil er keinen Ton mehr von sich gibt. Ersatz erhält der Käufer nicht, er hat ja einen Garantieschein, der kostenlose Reparatur verbürgt. Er wartet nun seit Monaten auf seinen Radioapparat. — Die Einwohner von Pansfelde (Harz) erhalten nur an einem halben Tage jeder Woche Frischfleisch, Wurstwaren, frische Butter usw., weil der einzige

Kühlschrank der Dorfkonsumverkaufsstelle seit Monaten defekt ist. Trotz aller Hinweise unterbleibt die Reparatur. Sowie es regnet, versagt die Telefonverbindung zu dem weit entfernt gelegenen Nachbarort, in dem der nächste Arzt wohnt. — Zehntausende sog. Sparverträge auf Motorroller und Motorräder (die sowjetzonale Form von Abzahlungsgeschäften) mußten jetzt von den Sparkassen kurzfristig gekündigt werden, weil die Fahrzeugindustrie auf lange Zeit hinaus nicht den Inlandsmarkt beliefern kann. — Die staatliche Autoindustrie erhält aus dem Staatshaushalt nur ungenügende Investitionsmittel und bleibt im technischen Entwicklungsprozeß immer weiter hinter Westdeutschland zurück. Das volkseigene Starmodell, der Ifa F 9 (eine DKW-Parallele), weist nach dem Urteil sowjetzonaler amtlicher Fachleute erhebliche Mängel an der Karosserie und dem Zubehör auf. Der Anlasserknopf hält nicht, und das Türschloß taugt nichts. Ersatzteilkataloge sind nicht vorhanden und die Lieferfristen ungewöhnlich lang. — Die Genossenschaft des Ost-Berliner Schlosserhandwerks (etwa 800 Betriebe mit 6500 Beschäftigten) klagt über völlig unzureichende Versorgung mit Metallhandsägeblättern. Im letzten Vierteljahr wurden ihr durch die „DHZ-Werkzeuge“ nur 300 Sägeblätter zugeteilt. Mit einer Besserung sei nicht zu rechnen, weil jetzt die Bevölkerung bevorzugt zu beliefern sei. Diese spürt jedoch von diesem Vorzug auch nichts! — Seit kurzem dürfen bei Fensterreparaturen keine Doppelfenster mehr verglast werden, weil es an Fensterglas fehlt. Vor einigen Jahren wußten die Glashütten nicht wohin mit ihrer Produktion und hatten hohe Lagerbruchverluste, heute leiden sie unter akutem Sodamangel. Den Gaststätten der Zone fehlt es an Bier- und Likörgläsern, auch Porzellan wird immer knapper, und für 1955 ist keine Besserung zu erwarten. — Der chronische Energiemangel zwingt zur verstärkten Installation von stromsparenden Leuchtstoffröhren an den Arbeitsplätzen der Industrie. Seit kurzer Zeit sind jedoch immer weniger Leuchtstoffröhren, Glimmzylinder, Starter, Drosseln und Leuchtstoffröhren selbst zu bekommen. Der größte einschlägige Betrieb, das Ost-Berliner Glühlampenwerk, kann keine Lieferzusagen mehr geben, und die Handelsorgane verfügen über keine Vorräte. — Kinderschuhe der Größen 23 bis 25 für den Winter sind einfach nicht aufzutreiben. Die Mütter beschwerten sich, und die zuständige „DHZ-Leder“ entschuldigt sich damit, daß die Schuhfabriken ihre Lieferfristen nicht einhalten. Allein vier Betriebe sind mit rund 8000 Paar Schuhen im Rückstand. — Unter der Überschrift „Sack mit Knöpfen“ glossiert ein erbitterter Ost-Berliner seine vergeblichen Versuche, für seinen dreijährigen Sohn einen Mantel in der HO zu erstehen: „Im Kinderkaufhaus am Strausberger Platz gab's zwei Modelle, die nach etwas Einlaufen vielleicht gepaßt hätten. Das eine war ‚Modell

1946', das die Verkäuferin, wie sie selbst sagte, nicht anzubieten wagte. Das zweite war auch nicht viel besser ...“

Auch die sowjetzonale Landwirtschaft hat ihre Sorgen. Von den rund 25 000 Traktoren der SBZ fallen etwa 25 bis 30 vH ständig wegen Reparaturen aus. — Landwirtschaftliche Arbeitskräfte sind in steigendem Maße Engpaß Nr. 1. Die Aktion „Industriearbeiter aufs Land“ ist wegen fast völliger Ergebnislosigkeit wieder eingeschlafen. Für die Kartoffelernte wurden u. a. die Schulkinder in den Herbstferien verpflichtet. Sie erhielten soviel Taschengeld für die Arbeit, daß sie damit gerade die Kosten für Verpflegung und Fahrt decken konnten. Daneben wurden Betriebe, Volkspolizei und die FDJ eingesetzt.

Diese Auslese ließe sich beliebig erweitern. Sie war in dieser Ausführlichkeit notwendig, weil diese Beispiele mehr sagen als grundsätzliche Leitartikel. Die „Regierung“ der SBZ hat ihre Versprechen nicht gehalten. Das wird besonders deutlich an der noch immer bestehenden Lebensmittelrationierung, die nach dem Fünfjahrplan-gesetz spätestens im Jahre 1953 beseitigt werden sollte und jetzt auf unbestimmte Zeit weitergelten wird. Rationiert sind Fleisch und Würstwaren aller Art, Öle und Fette, Zucker, Milch und Milcherzeugnisse und Kartoffeln. Ein Vergleich der Monate September bis November dieses und des Vorjahres zeigt, daß die Belieferung mit Fettmarken nicht besser, sondern eher schlechter geworden und die Versorgung mit Butter zum Kartenpreis noch immer sehr unzureichend ist.

Alle Unbeschäftigten, Hausfrauen und Rentner erhalten die zusatzlose Grundkarte, die Masse der Arbeiter und Angestellten die Karten C, D und E und nur Schwerstarbeiter, hohe politische und Verwaltungsfunktionäre und technische, wissenschaftliche und künstlerische Spitzenkräfte die Karten A oder B. Aufschlußreich ist,

daß die für Bewohner der Sperrgebiete ausgegebenen Zusatzkarten voll mit Butter beliefert werden.

Die sowjetzonale Propaganda behauptet allen Ernstes, daß in der Zone der Butterverbrauch je Kopf höher sei als in Westdeutschland. Selbst wenn man bedenkt, daß der westdeutsche Verbraucher sehr viel Margarine konsumiert, und dies in der SBZ wegen der Minderwertigkeit der dortigen Margarine nicht in diesem Umfange der Fall ist, so bleibt diese Behauptung trotzdem äußerst fragwürdig, weil der Mehrverbrauch an Butter dann ja zu dem überhöhten HO-Preis (1 Pfd. Butter 10 Ostmark) gedeckt werden müßte. Dies ist aber der überwiegenden Zahl der Verbraucher kaum möglich, da ihr Durchschnittseinkommen unter dem vergleichbaren westdeutschen Durchschnittseinkommen liegt. Bei der letzten, im Hinblick auf die sog. Wahl verordneten Preissenkung blieb der Butterpreis unverändert.

Diese Preissenkung war nicht etwa die Folge eines gestiegenen Warenvorrats, sondern bedeutete lediglich den staatlichen „Verzicht“ auf einen Bruchteil der HO-Akzise. Im wesentlichen wollte Pankow mit dieser Maßnahme seine „Überplanbestände“ (Ladenhüter) abstoßen, vor allem auf dem Textilsektor.

Das örtlich unterschiedliche (Ost-Berlin und die Industrieschwerpunkte werden bevorzugt beliefert), im ganzen betrachtet noch immer ungenügende Warenangebot und die trotz Senkung noch überhöhten und für große Käufer-schichten fast prohibitiv wirkenden Preise haben den Bargeldumlauf seit August weiterhin ansteigen lassen: 1 kg Schmalz 5,60 DM, 1 kg Margarine 4,40 DM, 1 Liter Vollmilch 1,12 DM, 100 g Milchsokolade 4,80 DM, 1 Paar Perlonstrümpfe 17,50 DM, 1 Paar Sportschuhe 100,80 D-Mark, 1 Paar Herrenschuhe (Boxcalf) mit Ledersohle 99,30 DM, 1 Haargarnteppich (2x3 m) 409,50 DM.

Lieferung von Butter auf Lebensmittelkarten in der SBZ und in Ost-Berlin Herbst 1953 und Herbst 1954

| Kartengruppe | Monatliche Fett-zuteilung g | davon Butter in vH | | |
|---------------------------------|--------------------------------|--------------------|--------------------|--------------|
| | | Sept./Nov. 1953 | Sept./Okt. 1954 | Nov. 1954 |
| Grund- und Zusatzkarte A (SBZ) | 1800 | 100,0 | 83,3 | 66,6 |
| Grund- und Zusatzkarte A (Bln.) | 1600 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| Grund- und Zusatzkarte B (SBZ) | 1650 | 66,6 | 83,3 | 83,3 |
| Grund- und Zusatzkarte B (Bln.) | 1600 | 50,0 | 50,0 | 50,0 |
| Grund- und Zusatzkarte C | 1450 | 50,0 | 50,0 | 50,0 |
| Grund- und Zusatzkarte D | 1300 | 33,3 | 33,3 | 33,3 |
| Grund- und Zusatzkarte E | 930 | 33,3 | 33,3 | 33,3 |
| alle übrigen Grundkarten | 900 | 33,3 | 33,3 | 33,3 |
| Kinderkarte bis 5 Jahre | 900 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| Kinderkarte 5 bis 9 Jahre | 900 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| Kinderkarte 9 bis 15 Jahre | 1050 | 50,0 | 66,6 | 50,0 |

Mißverhältnis zwischen Waren- und Geldseite

Nicht zuletzt ist das Warenangebot auch eine Frage der Arbeitsproduktivität. Wir können wegen der in der SBZ wie in allen Diktaturen herrschenden Geheimhaltungssucht von Wirtschaftszahlen nicht ermitteln, wie die Arbeitsproduktivität sich in den einzelnen Industriezweigen bzw. insgesamt in der SBZ im Vergleich zu Westdeutschland entwickelt hat. Wenn aber der mitteleuropäischen Presse selbst zu entnehmen ist, daß nach dem Fünfjahresplan die Arbeitsproduktivität in der gesamten Industrie um 60 vH, der durchschnittliche Arbeitslohn dagegen nur um 20 vH ansteigen sollte, und die tatsächliche Entwicklung gerade umgekehrt verlaufen ist, so bestärkt dieses Eingeständnis unsere Analyse, daß durch Geldschöpfung die Geldseite in der Wirtschaft der SBZ schneller wächst als die Wareseite. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres wuchs im 1. Quartal 1954 die Arbeitsproduktivität um 5,9 vH, der Durchschnittslohn um 8,6 vH; im 2. Quartal 1954 die Arbeitsproduktivität um 6,4 vH, der Durchschnittslohn um 10,2 vH und im 3. Quartal 1954 die Arbeitsproduktivität nur noch um 4,8 vH, dagegen der Durchschnittslohn wieder um 10,2 vH. Die Lohnbewegung ist der Produktivitätssteigerung davongelaufen.

Diese Gefahr wird von den verantwortlichen Stellen der SBZ nicht übersehen. Sie weisen schon seit Jahren auf das verhängnisvolle Auseinanderklaffen beider Entwicklungen hin und bemängeln zugleich das unvergleichlich starke Anwachsen der Zahl der unproduktiv Beschäftigten in der Industrie. Immer wieder wird vom „Kampf gegen die Bürokratisierung“ geschrieben, ohne daß etwas dagegen geschieht. Die Bürokratisierung und damit die zu hohe Belastung der Produktion mit Verwaltungskosten ist untrennbar mit dem aus der Sowjetunion übernommenen Wirtschaftssystem verbunden. Hier ist keine entscheidende Änderung möglich.

Ein anderer Weg aus dem Dilemma des zu schnellen Wachstums der Geldseite wären direkte Lohnkürzungen oder indirekte auf dem Umweg über Normerhöhungen. Beides ist im vorigen Jahr versucht worden und hat letzten Endes den Aufstand vom 17. Juni ausgelöst. Trotz der danach gegebenen Versprechungen sind jetzt erneute Versuche festzustellen, an der Normenschaube zu drehen. Diese Versuche werden vorbereitet mit sog. sozialistischen Wettbewerben, in denen die — unter besonders begünstigten Umständen — erzielbare Bestleistung ermittelt wird, die später als Normgrundlage dienen soll. Solange die Arbeiterschaft der SBZ, die auf diesem Ohr besonders hellhörig ist, wie bisher die einzelnen Normerhöhungsbestrebungen durch geschlossene Abwehr unwirksam macht, kann Pankow den Lohnfonds und damit die Geldseite so nicht kürzen.

Das jüngste Mittel, freie Kaufkraft abzufangen, stellt das gesetzlich geregelte Bausparen und die überraschende Genehmigung dar, „volkseigene“ Eigenheime und Siedlungshäuser an Private zu veräußern. Bisher galt das Dogma von der Unantastbarkeit des „Volkseigentums“. Natürlich hat man dieses Dogma nicht völlig aufgegeben. Nach dem Gesetz vom 10. September 1954 kann bei Anzahlung eines Drittels der Kaufsumme wohl das Eigentum an einem „volkseigenen“ Gebäude, nicht aber an dem betreffenden Grund und Boden erworben werden. Für dieses Risiko, aus staatsparteilichen Gründen jederzeit zum Verlassen des nach wie vor „volkseigenen“ Grundstücks gezwungen werden zu können, darf der Gebäudeeigentümer auch noch die auf dem Grundstück ruhenden öffentlichen Lasten und Abgaben tragen! Und ein Siedlungshaus kann nur derjenige erwerben, wobei auch hier das Grundstück selbst „Volkseigentum“ bleibt, der schon in diesem Hause wohnt und aus einem 1945 untergegangenen Vertragsverhältnis mit einer damaligen Wohnsiedlungsgesellschaft einen Anspruch auf den Eigentumserwerb nachweisen kann.

Der Staat baut zu wenig und zu teuer. 1954 sind für den staatlichen Wohnungsbau im Investitionsplan ganze 764 Mill. DM vorgesehen. Das bedeutet bei den Durchschnittskosten je Wohnung, die sich aus den amtlichen sowjetzonalen Verlautbarungen errechnen lassen, lediglich 23 150 Wohnungen. Gerade aber der Wohnungsbau weist in der Planerfüllung beträchtliche Rückstände auf, so daß in der SBZ einschließlich des privaten und genossenschaftlichen Wohnungsbaus 1954 noch nicht einmal 10 vH der in Westdeutschland fertiggestellten Wohnungen zur Verfügung stehen werden.

Wie die sowjetzonale Planbürokratie die Bautätigkeit hemmt, zeigt ein Beispiel aus dem Bezirk Dresden. Im Dezember 1953 hatte der „Ministerrat“ der SBZ beschlossen, den Mitgliedern landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, die über keine Wohn- bzw. Stallgebäude verfügen, den Bau solcher Gebäude zu ermöglichen. Die Bauzeichnungen wurden verspätet fertiggestellt. Später ergab sich, daß man die durchschnittliche Baukostensumme von 25 000 auf 40 000 DM erhöhen mußte, und daß in diesem Umfange keine Gelder und kein erforderliches Baumaterial zur Verfügung standen.

Planerfüllung gefährdet

Bisher veröffentlichte die Staatliche Plankommission der SBZ stets etwa sechs Wochen nach Quartalschluß die Ergebnisse des vierteljährlichen Planabschnittes. In diesem Herbst hat sie — wohl im Hinblick auf die „Volkskammerwahl“ — ihren Bericht bereits zwei Wochen nach Quartalsende vorgelegt. Dieses für sowjetzonale Verhältnisse völlig ungewöhnliche Berichterstattungstempo, das mit der zeitraubenden und schwerfälligen Berichtsmethodik dieser Wirtschaftsordnung nicht zu vereinbaren

ist, läßt den Schluß zu, daß dieser Bericht bei der Industrieproduktion im wesentlichen auf Schätzungen aufbaut und mehr oder weniger für die Wahlpropaganda frisiert worden ist. Seine Prozentzahlen lassen kein Urteil über die reale Wirtschaftslage zu, wenn auch eingestanden wird, daß die Planziele bei der Gewinnung von Steinkohle, Rohbraunkohle, Briketts, Kupfererz, Kalisalzen, Rohstahl, feinem Stabstahl, Phosphordünger, synthetischem Kautschuk, Ziegelsteinen und einer Reihe von Konsumgütern nicht erreicht worden sind.

Wesentlich aufschlußreicher sind die Bemerkungen, daß der Bauwirtschaftsplan wie schon in den vorangegangenen Quartalen nicht erfüllt wurde und die Industrie den bereitstehenden Transportraum der Eisenbahn sehr ungenügend beansprucht hat. Da die Eisenbahn in der SBZ etwa 90 vH des gesamten Güterverkehrs abwickelt, und eine vollarbeitende Industrie auch einen vollausgelasteten Verkehrsapparat bedingt, zumal das Wagenangebot eher zu gering als ausreichend ist, bedeutet jeder ungenutzte Transportraum ein Versagen im Produktionsbereich oder in der Planung.

Der Planbericht verschweigt, daß die Transportlage der Binnenschifffahrt ebenfalls auf Störungen im Produktionsbereich und schwerwiegende Planfehler im Verteilungsbereich schließen läßt. Ausgerechnet während der Herbstspitze, die die sowjetzonale Planung bisher noch in keinem Jahr durch Transportverlagerung in den Sommer ausgleichen konnte, ist die Binnenschifffahrt mit fast allen Gütern hinter dem Transportplan zurückgeblieben. Der Kahnraum stand wochenlang leer, wurde dann überstürzt angefordert und staute sich infolgedessen in den Entladehäfen, weil seit Jahren nichts unternommen worden ist, um die ungenügenden Entladeeinrichtungen zu verbessern.

Seit dem „neuen Kurs“ hört der Verbraucher in der SBZ die Vorschläge, Ankündigungen und Versprechungen über die Erzeugung hochwertiger „Massenbedarfsgüter“, ohne daß er beim Einzelhandel greifbare Ergebnisse bemerkt. Abteilungen für Massenbedarfsgüter wurden in allen größeren Betrieben errichtet, um aus Rohstoffabfällen zusätzlich Konsumgüter herzustellen. Bis Ende 1954 sollen laut Beschluß der SED Waren im Werte von einer Milliarde Ostmark produziert werden. Dieser Betrag entspricht fast genau der Steigerung des Bargeldumlaufes seit Sommer 1953 und ist offensichtlich in dieser Höhe festgesetzt worden, um das Mißverhältnis zwischen Waren- und Geldseite zu beseitigen.

Es war von vornherein zu erwarten, daß bei dem Desinteresse der Industriebetriebe an einer solchen kosten- und ertragsmäßig allein von ihnen zu verantwortenden Zusatzproduktion und bei der Zufälligkeit des Rohstoffabfalls nicht das, und vor allem nicht in ausreichendem Umfange, hergestellt werden würde, was die Bevölkerung am dringlichsten benötigt, sondern das, was dem betreffenden Betrieb mit der ge-

ringsten Mühe möglich sein würde. Feuerhaken, Kohlenzangen, Fußabstreicher, Zigarrenanzünder, Büchsenöffner sind gewiß Massenbedarfsgüter, aber auf keinen Fall die, auf die der Verbraucher am meisten wartet. Der Bericht der Staatlichen Plankommission geht auf diese Probleme nur ganz am Rande ein. *Nach* der Wahl hat dies die SED-Presse ausführlich nachgeholt. Jetzt spricht sie auf einmal auch von Rückständen der im Plan festgelegten Produktion, und über die Zusatzproduktion fallen bittere Worte, wie Schlendrian, erheblicher Tempoverlust, Rohstoffmangel usw. Die erhoffte Milliardenproduktion ist nicht mehr zu schaffen, wenn man dies auch noch nicht zugeben will. Anfang November war dieser Plan erst zu 42,5 vH realisiert, wobei die leistungsfähigsten Industriebetriebe mit dem größten Rohstoffabfall, die zentralgeleiteten „volkseigenen“ Betriebe mit schlechtem Beispiel vorangingen; denn sie schafften sogar nur 39 vH.

Am weitesten zurück sollen der Maschinenbau und die Leichtindustrie sein, was verständlich erscheint, da beide Industriezweige sehr für den Export der SBZ eingespannt sind und erhebliche Rückstände bei der Erfüllung der Exportaufträge aufweisen. Vor allem sind bei der Fertigung von Kesseln und Turbinen und von Kraft- und Elektromaschinen die Pläne nicht realisiert worden. Sehr oft geht die termingerechte Produktionsablieferung zu Lasten der Qualität, was laufend zu Beanstandungen, Preisstreitigkeiten und zum Zurückweisen der Lieferung durch den ausländischen Importeur geführt hat.

Bei der starken Außenhandelsabhängigkeit der SBZ-Wirtschaft sind solche Pannen im Export, auch wegen ihrer Auswirkungen auf den Wirtschaftsablauf in den anderen Ostblockländern gerade beim System einer so weitreichenden supranationalen und relativ starren Planung sehr unerwünscht und werden zu Störungsquellen für den gesamten Ostblock. Es geschieht also nicht von ungefähr, daß der alljährlich im November begangene „Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ zu „Selbstverpflichtungen“ geführt hat, alle Exportrückstände in einer „gewaltigen Anstrengung“, ausgerechnet bis zum 21. Dezember, dem Geburtstag Stalins, aufzuholen. Diese sog. Freundschaft hat sehr reale, allerdings recht einseitige Hintergründe — auch auf anderen Gebieten. So wurde vor kurzem ein Abkommen veröffentlicht, nach dem ein ständiger wissenschaftlich-technischer Erfahrungsaustausch zwischen der SBZ und der UdSSR festgelegt worden ist.

Wie schon bei der mehr oder weniger zwangsweisen Beschäftigung deutscher Spezialisten in der Sowjetunion ist auch bei diesem Erfahrungsaustausch der Kreml mit Erfolg bemüht, seine Satelliten auszunehmen und als Gegengabe „zugkräftige“ Parolen und sog. Neurermethoden von zweifelhaftem Wert zu liefern.

Walter Meier